Niederschrift

über eine Sitzung des **Ausschusses für Bau-, Raumplanungs- und Umweltangelegenheiten** der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf bei Salzburg, welche am Mittwoch, dem **21.01.2015**, um 19.00 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann
2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.01.2015
3. Bebauungsplan Oberndorf-Zentrum
4. Stille Nacht-Bezirk – aktueller Projektstand
5. Alter Pfarrhof - Grenzberichtigung
6. Bewegter Schulweg – Motorikpark
7. Abfall-Wirtschaftskonzept-NEU
8. Allfälliges

Anwesende:

Obmann GV Ing. Josef Eder
2. Vizebgm. Otto Feichner
GV Ing. Florian Moser, BSc
Stadtrat Wolfgang Stranzinger - für GV Dr. Andreas Weiß
GV Wolfgang Oberer - für GV Marion Reitsamer
1. Vizebgm. Sabine Mayrhofer - für Stadträtin Caroline Glier
Stadtrat Mag. (FH) Johann Danner
GV Arno Wenzl
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer, BEd

In beratender Funktion:

Bürgermeister Peter Schröder
GV Maria Petzlberger

Weiters:

Architekt DI Fritz Genböck und DI Georg Zeller – zu TOP 3
DI Tobias Fusban (pm1) – zu TOP 4
Mag. Wolfgang Becker – zu TOP 6
DI(FH) Franz Pfaffinger – zu TOP 6
Umweltberater Helmut Timin – zu TOP 7

Stadtamtsleiter Dr. Gerhard Schäffer
Bauamtsleiter DI Dieter Müller

Entschuldigt abwesend:

GV Dr. Andreas Weiß, Stadträtin Caroline Glier, GV Marion Reitsamer, GV Peter Paul Hauser

Schriftführerin: Adelheid Haberl

Es waren 4 Zuhörer anwesend.

VERLAUF UND ERGEBNISSE DER SITZUNG

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Obmann

Der Obmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Die Einberufung ist ordnungsgemäß ergangen und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.01.2015

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Obmann den **Antrag, die Niederschrift des Bau-, Raumplanungs- und Umweltausschusses vom 07.01.2015 zu genehmigen.**

- **Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird einstimmig genehmigt.**

3. Bebauungsplan Oberndorf-Zentrum

Der Obmann erläutert, dass der Bebauungsplan Oberndorf-Zentrum den Bereich um das Rathaus und die Kirche umfasst. Zur beabsichtigten Aufstellung des Bebauungsplanes sind 2 Schreiben eingelangt (Zuckerstätter und Gruber). Fam. Zuckerstätter beabsichtigt eine Aufstockung des Objektes Kirchplatz 5 sowie eine Erhöhung des erdgeschoßigen Gebäudes im Innenhof um 1 Geschoß. Der Obmann ersucht Herrn DI Zeller um seine Erläuterungen.

DI Zeller erläutert anhand Power-Point-Präsentation den Bebauungsplanentwurf. Der Bereich Zuckerstätter liegt im Teilgebiet 5 - geschlossene Blockrandbebauung, 3 oberirdische Vollgeschoße, Dachgeschoßausbau möglich (Kniestock 1,50 m, gedachte Dachneigung von 45 Grad). Der Anschluss an die Feuermauer muss durch den Gestaltungsbeirat begutachtet werden, ansonsten wäre die Aufstockung der Fam. Zuckerstätter möglich, ebenso die Aufstockung um 1 Geschoß im Innenhof.

Obmann GV Ing. Eder: Durch Fam. Gruber wurde ebenfalls eine Anregung zum Bebauungsplan Oberndorf-Zentrum eingebracht. Fam. Gruber sieht Nachteile durch die geschlossene Bebauung (Beeinträchtigungen auf Gastronomie, Wohngegebenheiten, Terrasse). Der Obmann ersucht Herrn DI Zeller um Erläuterung dieser Situation.

DI Zeller: In der Untersbergstraße zum Stadtpark hin ist eine geschlossene Bebauung vorgesehen, Baulinie im Abstand von 5 m zur Straßenfluchtlinie der Untersbergstraße, 3-geschoßig, kein Dachgeschoß, das entspricht dem Bestand in diesem Bereich. Das bedeutet eine Anbauverpflichtung entsprechend der jetzigen Gebäudeflucht, und die Verpflichtung, zukünftig eine geschlossene Bebauung zu machen. Sollte eines dieser Gebäude abgerissen werden oder um eine neue Baubewilligung angesucht werden, besteht eine Anbauverpflichtung in diesem mittleren Bereich, lediglich an den Enden würde keine Anbauverpflichtung bestehen, da es sich um eine fast blockrandartige Bebauung handelt. Man hätte dann eine geschlossene Gebäudefront zum Stadtpark hin. Das Bestandsgebäude Cafe Gruber ist etwa 3 m von der Grundstücksgrenze entfernt und hat auf dieser Seite 3 Fenster.

Arch. DI Genböck: Grundsätzlich ist die Nachverdichtung im Zentrum von Oberndorf begrüßenswert. Es gibt aber Bestandsobjekte mit Einzelinteressen, die im Moment den Bebauungsplan nicht brauchen. Es wäre eine enorme Aufwertung des Grundstückes durch den Bebauungsplan. Solange das Status quo ist, müssten die beiden Nachbarn eine zivilrechtliche Vereinbarung treffen, dass man die Bebauungsplanmöglichkeit nicht ausnützt und wenn, dann nur gemeinsam.

Frau Gruber, als ZuhörerIn, wird das Wort erteilt: Ich würde eine geschlossene Bebauung als Benachteiligung sehen. Auch der Nachbar, Herr Maier, sieht das so. Ich möchte keine zivil-

rechtliche Vereinbarung treffen. Es geht jetzt um den Status quo und ich möchte nicht, dass die Bebauung kommt und sehe keine Notwendigkeit einer geschlossenen Bebauung im Bereich der schönen Gründerzeitvillen. Es ist die Aufgabe und Pflicht einer Gemeinde, dass diese in Zukunft erhalten bleiben. Es ist kein Renommee, wenn man von Salzburg nach Oberndorf hereinkommt, sondern die schöne Seite Oberndorfs ist von Laufen herüber mit der Europabrücke - Brückenstraße und unser Riesenpotential ist der Park. Ich hätte kein Problem mit einer geschlossenen Bebauung Richtung Färberstraße (Cafe Gruber – Rathaus – ehem. Noppinger), sehe aber keine Veranlassung im Bereich Gruber-Maier eine geschlossene Bebauung zu initiieren.

Obmann GV Ing. Eder: Die zivilrechtliche Vereinbarung würde im Grundbuch eingetragen werden und für beide Grundstücke gelten.

Frau Gruber: Warum muss von der Gemeinde etwas beschlossen werden, was die Grundstückseigentümer gar nicht wollen und warum müssen wir einen Vertrag abschließen?

Arch. DI Genböck: Oberndorf ist relativ beengt und jetzt besteht der Wunsch der Nachverdichtung im Zentrumsbereich unter Beibehaltung des Parks.

Herrn Maier, als Zuhörer, wird das Wort erteilt und er stellt die Frage, wer den Anlass gegeben hat, dass man etwas ändert?

DI Zeller: Es wurde die Fläche um den gesamten Stadtpark herum angesehen und aus städtebaulicher Sicht, losgelöst von Einzelinteressen, soll hier eine gefasste Bebauung um den Park herum entstehen, so wie es der gegebenen Struktur entspricht. Wenn 1 Grundstück aus dem Ganzen herausgelassen wird, dann bricht diese Idee der Nachverdichtung um das Zentrum mit einer gefassten geschlossenen Bebauung städtebaulich auseinander. Fakt ist, wenn Sie beide nichts machen, dann passiert auch nichts. Man muss aber in die Zukunft denken und nicht anlassbezogen einfach Einzelbebauungen machen. Es ist eine der städtebaulichen Uraufgaben, einen Platz zu fassen (Geschlossenheit der Plätze) und wir haben fast im gesamten Bereich eine geschlossene Bebauung, mit Ausnahme in der Färberstraße und Watzmannstraße. Nur in diesem bestimmten Bereich soll diese „positive Verhüttelung“ belassen werden und der Rest soll sich städtebaulich gesamthaft entwickeln und eine geschlossene Bebauung gemacht werden.

Herr Maier: Nachverdichtung braucht man in Oberndorf sicher nicht (Verkehr, Bevölkerungsdichte), wir brauchen etwas Grünes.

Stadtrat Ing. Schweiberer stellt die Frage welche Nachteile die Zuhörer Gruber und Maier befürchten.

Frau Gruber sieht folgende Nachteile: Ab einem bestimmten Zeitpunkt kein Sonnenlicht auf der Terrasse in den Übergangszeiten, Hausfenster gehen Richtung Liegenschaft Maier - dadurch weniger Licht in den Räumen.

Bürgermeister Schröder: Die Stadtgemeinde macht das nicht wegen eines Wohnbauträgers, sondern weil es immer wieder Einzelinteressen gibt. Der Anlassfall war im Bereich Kirchplatz und daraufhin wurde das gesamte Gebiet angesehen. Kurz darauf hat es auf der anderen Seite auch einen Wunsch gegeben. Nachdem wir es immer wieder mit Einzelwünschen zu tun haben, war der Auftrag an den Gestaltungsbeirat und Herrn DI Zeller, den Bebauungsplan gesamtheitlich zu erstellen. Aufgrund der Einwendung von Frau Gruber wurde Herr DI Zeller beauftragt, eine Lösung zu finden, damit man die Gesamtkonzeption nicht verliert.

Herr Maier: Wenn der Bebauungsplan so beschlossen wird, kann ich dann mein Haus um 1 oder 2 Stockwerke erweitern, und besteht dann die Verpflichtung, bis zur Grundstücksgrenze (Gruber) heranzubauen?

DI Zeller: Sie können Ihr Haus erhöhen, man müsste sich aber konkret die Einreichung anschauen. Sie müssten bis an die Baulinie vorbauen. Wenn Sie nur das Hauptgebäude aufstocken, müssen Sie dies nicht hinüberziehen. Wenn Sie einen kleinen Bereich anbauen, heißt das nicht automatisch, dass Sie das ganze Grundstück vollbauen müssen. Wenn Sie die gesamte Liegenschaft neu entwickeln, dann müssten Sie an beiden Seiten an die Grundstücksgrenze anbauen, auch nach vorne. Man muss sich das im konkreten Einzelfall anschauen, wie groß Sie bauen, ob es zu einer wesentlichen Veränderung des Gesamtbaukörpers kommt. So wie Sie es geschildert haben, wäre das eine untergeordnete Bauführung. Wenn Herr Maier die gesamte Liegenschaft neu entwickelt, ist er verpflichtet, dass er an die Grundstücksgrenze anbaut, es muss aber nicht 3-geschoßig sein, aber er kann max. 3 Geschoße errichten. Frau Gruber hat im Zuge des Bauverfahrens als Nachbarin Parteistellung, die ihr im Rahmen des Baurechts zusteht. Es wird allerdings so sein, dass ihr Einspruch abgewiesen wird und sie hat dann die Möglichkeit, den Instanzenzug zu gehen.

Herr Maier stellt die Frage, wie es sich beim ehemaligen Gasthaus „Am Park“ und dem Gemeindegebäude nach den neuen Bebauungsrichtlinien verhält.

DI Genböck antwortet darauf, dass ein Wettbewerb durchgeführt werden wird und im Wettbewerbsentwurf steht, dass der Anschluss an das bestehende Cafe Gruber sensibel ist, und dass das sehr wohl auch bei der 3-Geschoßigkeit berücksichtigt werden muss. Die Durchgängigkeit von der Färberstraße in den Innenhofbereich soll erhalten bleiben.

DI Zeller erklärt Herrn Maier, in welchen Bereichen angebaut werden muss. Eine Beurteilung kann aber erst erfolgen, wenn das Projekt vorliegt.

DI Müller: Formalrechtlich ist der nächste Schritt die Auflage des Bebauungsplanentwurfs, d.h. der Entwurf wird 4 Wochen kundgemacht und liegt zur allgemeinen Einsicht auf. Innerhalb dieser Frist besteht die Möglichkeit, Einwände zu erheben.

Bürgermeister Schröder: Im städtischen Bereich bestehen weitere Nachverdichtungswünsche im Bereich Galerie und Uferstraße. DI Zeller soll beauftragt werden, einen Bebauungsplan für den Bereich Uferstraße/Färberstraße/Watzmannstraße und den Lückenschluss auf beiden Seiten im Bereich Salzburger Straße - Bahnhofwirt zu erarbeiten. Dann sollte man überlegen, ob man über das gesamte Zentrum einen Bebauungsplan legen soll.

Architekt DI Genböck: Man sollte sich die Teilbereiche, wo eine Nachverdichtung wirklich Sinn macht, in Ruhe ansehen.

Der Obmann schlägt vor, dass im nächsten Gestaltungsbeirat die verschiedenen Bereiche angesehen werden sollen. Dann soll festgelegt werden, wo der nächste Bebauungsplan aufgestellt werden soll.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Man sollte sich in Ruhe ansehen, wie man mit dieser dichten Bebauung verkehrstechnisch usw. zurechtkommt.

Architekt DI Genböck und DI Zeller verlassen die Sitzung um 20 Uhr.

4. Stille Nacht-Bezirk – aktueller Projektstand

Der Obmann begrüßt zu diesem TOP Herrn DI Fusban von pm1 und ersucht um seine Erläuterungen.

DI Fusban: Die einzelnen Fachplaner wurden inzwischen beauftragt, Erhebungen (Bauwerkserkundung) und Behördengespräche geführt, Stellungnahmen eingeholt (Bundesdenkmal-

amt, Genehmigungsbehörden, Arbeitsinspektorat). Von den Architekten wurde die Planung darauf abgestimmt und eine Kostenberechnung erstellt. Es gibt Mehrkosten mit einer Maximalsumme von 370.000 Euro (Nettoerrichtungskosten), in der alle Eventualitäten zum derzeitigen Zeitpunkt berücksichtigt sind. Seitens der Gemeinde ist zu beraten, welche dieser Änderungen tatsächlich beschlossen werden sollen. Von den 370.000 Euro würden ca. 70.000 Euro Bereiche betreffen, die für den Projekterfolg nicht unbedingt erforderlich sind. Tatsächlich geht es um Mehrkosten von 300.000 Euro. DI Fusban erläutert anhand Beamer-Präsentation die 4 Bereiche, aus denen sich diese Kosten zusammensetzen (Auflagen Bundesdenkmalamt, Hochwasserschutz, Neuorganisation der Versorgungsleitung im Bereich Stille Nacht-Museumsbereich, Palaverhaus und WC-Anlage, zusätzliche Ausstattungselemente Haus- und Elektrotechnik). Anteilig dazu müsste man die Reserven und Nebenkosten (Planungsleistungen) auf 10 % der Errichtungskosten erhöhen.

Bürgermeister Schröder: Es gibt die Zusage seitens des Landes, 70 % von 2.600.000 Euro mitzufinanzieren. Es wurde vereinbart, dass diese Zusatzleistungen nochmals hinterfragt werden. Für die Gemeinde sind das Mehrkosten von ca. 80.000 Euro.

DI Fusban: Von diesen Mehrkosten sind in der Größenordnung von 58.500 Euro Elemente enthalten, die nicht unbedingt erforderlich sind: Höherwertige Sanitärausstattungen, Telefonanlage mit Sprechstellen und einer besonderen Telefonanbindung, eine Durchsageanlage, Lautsprecheranlage, Videoanlagen für die Innenraum- und Außenüberwachung, Alarmanlagen für die Außen- und Innenüberwachung, Zutrittskontrolle mit Drehkreuz für die WC-Anlage, zusätzliche Elemente in der Außenbeleuchtung, fest installierte Beschallungsanlagen im Saal und im Palaverhaus.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wie sieht es rechtlich aus, wenn wir mit den Mehrkosten ausschreiben, besteht dann die Verpflichtung, das auch so zu bauen, oder können wir dann sagen, dass wir uns das nicht leisten können?

DI Fusban: Unser Auftrag besteht darin, das Projekt erfolgreich zu steuern. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es so, dass die ursprünglich geschätzten Kosten auf Basis der Machbarkeitsstudie zu gering sind. Wenn man das Projekt in der Gesamtheit umsetzen will, würde man das Budget brauchen. Der nächste Schritt ist die Ausschreibung und ein tatsächlicher Bauentschluss würde dann fallen, wenn 80 % der ausgeschriebenen Leistungen mit Angeboten hinterlegt sind. Dann besteht immer noch die Möglichkeit, etwas herauszunehmen oder zu ändern.

DI Müller glaubt, dass die Frage von Herrn Schweiberer war, ob wir mit dem Bundesvergabegesetz ein Problem bekommen, wenn wir etwas ausschreiben und dann nicht beauftragen.

DI Fusban: Hier sind wir in einem gewissen Rahmen nicht gebunden. Wir können aber nicht eine große Summe ausschreiben und dann nur einen minimalen Anteil beauftragen.

Stadtrat Ing. Schweiberer: Wenn man die WC-Anlagen ausschreibt, soll man einen vernünftigen Mittelweg wählen, auch die Kosten der Videoanlage möchte ich wissen, nur wenn es zu teuer ist, sollte man die Möglichkeit haben, dass man es nicht macht.

DI Fusban: Es gibt Möglichkeiten, das zu steuern.

Stadtrat Stranzinger: Ein Teil der Mehrkosten ist durch den Denkmalschutz verursacht (z.B. das Dachgeschoß muss anders gestaltet werden). Gibt es dadurch eine qualitative Verbesserung?

DI Fusban: Das Denkmalamt hat vorgegeben, dass der Dachstuhl sichtbar bleiben soll, mit

einer Aufsparrendämmung und einer neuen Dachkonstruktion, das kostet mehr. Betreffend Aufzugsanlage wurde mehrmals mit dem Denkmalamt gesprochen. In der Kostenschätzung der Machbarkeitsstudie war der Aufzug im Gebäude vorgesehen, jetzt steht die Aufzugskonstruktion knapp vor der Fassade, dadurch ergeben sich Mehrkosten. Das Ziel des Denkmalschutzes ist, dass ein historisch wertvolles Gebäude qualitativ aufgewertet wird. Die Nutzung ist durch die Vorgaben des Denkmalschutzes nicht beeinträchtigt.

Bei einer Budgeterhöhung in Höhe von 300.000 Euro ist das Projekt in seiner Gesamtheit (Palaverhaus, WC-Anlage, gesamter Pfarrhof einschließlich Saal im DG) umsetzbar. Ansonsten müssten wesentliche Einsparungen gemacht werden.

Der Obmann stellt den Antrag, dass für das Projekt Stille Nacht-Museumsbezirk eine Budgeterhöhung in Höhe von 300.000 Euro durchgeführt werden soll.

- **Offene Abstimmung (9 Ausschussmitglieder anwesend): Wird vom Bau-, Raumplanungs- und Umweltausschuss einstimmig empfohlen.**

DI Fusban verlässt die Sitzung um 20.25 Uhr.

5. Alter Pfarrhof – Grenzberichtigung

Der Obmann erläutert, dass sich bei der Vermessung des Grundstückes im Bereich „Alter Pfarrhof“ herausgestellt hat, dass der Grenzverlauf nicht stimmt.

DI Müller: Für die Umsetzung des Projektes ist eine Bauplatzerklärung erforderlich. Dazu wurde der Geometer beauftragt, die entsprechenden Grenzen festzustellen. DI Müller erläutert mittels Beamer-Präsentation die Situation laut Kataster unter Berücksichtigung der Feldskizzen, sowie die derzeitige Nutzung (Einfriedungen, Zäune). Es handelt sich um ca. 8 m² und 1,9 m². Das wird von beiden Grundeigentümern (Noppinger und Stadtgemeinde) schon seit Jahrzehnten so genützt. Der Vorschlag wäre, mit Frau Noppinger ein Gespräch zu führen und diese Grenzberichtigung durchzuführen. Die Abwicklung muss noch mit dem Grundbuch besprochen werden (§ 13 Liegenschaftsgesetz oder Vertrag).

Der Obmann stellt fest, dass die Grenzberichtigung durchgeführt werden soll.

Stadtrat Ing. Schweiberer verlässt die Sitzung um 20.30 Uhr. Somit sind 8 Ausschussmitglieder anwesend.

6. Bewegter Schulweg - Motorikpark

Der Obmann begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Mag. Becker (Direktor Sportzentrum Rif).

DI(FH) Pfaffinger : Im September wurde mit Mag. Becker das Ganze nochmals angesehen, und einzelne Bereiche abgeändert.

Mag. Becker erläutert eingangs die Situation in Rif - bewegter Schulweg mit 13 Stationen. Das Projekt wurde 2011 als Pilotprojekt umgesetzt. Man hat sehr gute Erfahrungen gemacht (große Verkehrsentslastung, motorische Lerneffekte, Sozialisierungseffekte). Bis auf 1 Station (Kraxelbaum) können alle Übungen mit der Schultasche am Rücken absolviert werden und die Kinder werden animiert, zu Fuß zur Schule zu gehen. Die Übungen können auch von Senioren durchgeführt werden. Heuer wurde ein Motorikpark in Maxglan eröffnet, dort ist die

Lage ähnlich wie in Oberndorf.

Mag. Becker erläutert anhand Beamer-Präsentation die einzelnen Stationen des abgeänderten Planes: Zu Beginn des Motorikparks wäre geplant, einen „Kraxelbaum“ zu pflanzen, weiters Zylinderstufen, Abenteuersteg, Balanziersteg, Eck-Kletterturm Mountain Mamma, Seilschungel, Balanzierplatten und Balanzierstrecke. Das angedachte Konzept mit „Kiss & Go“ ist sehr gut.

1. Vizebgm. Mayrhofer: In Rif kommen die Kinder fast alle aus derselben Richtung und gehen von einer Seite zum Parkour. Da dies in Oberndorf nicht der Fall ist, war mein Gedanke, dass man die Stationen noch optimaler im Gelände verteilen könnte, damit man auch Kinder, die von der anderen Seite kommen, besser motivieren könnte. Der Platz wäre vorhanden, müssen wir die Stationen so knapp auffädeln?

Mag. Becker: Die Situation in Oberndorf ist fast ident wie in Maxglan und dort hat sich der Motorikpark schon sehr gut bewährt. Die Situation in Oberndorf wurde mit einer sportwissenschaftlichen Beraterin diskutiert und sie hat gesagt, es soll kein Spielplatz sein, und von der motorischen Abfolge ist es ganz gut, wenn man gleich von der einen Übung zur nächsten geht, es soll ein Automatismus entstehen. Auf dem Areal ist so viel Freiraum, wo sich die Kinder bewegen können, nach wie vor ist die Möglichkeit, dort Fußball zu spielen. Man könnte später noch erweitern, das könnte man dann von Studenten aus Rif evaluieren lassen.

Stadtrat Mag.(FH) Danner: Grundsätzlich ist das eine super Sache, die Effekte (Sozialisations-effekt und Verkehrs-entlastung) sehe ich nicht, weil das nicht der Schulweg ist, sondern der Schulbereich. Wahrscheinlich werden die Kinder trotzdem zum „Kiss & Go“ hingefahren und nur die letzten Meter zum Schulgebäude werden zu Fuß zurückgelegt. Als Obmann des OSK würde ich mir wünschen, dass vor allem von der Länge des Platzes möglichst wenig weggenommen wird, weil dort das Fußballtraining für die kleinen Altersstufen U6 und U8 abgehalten wird (ortsnahes Trainingsgelände für die Kinder).

Mag. Becker: Es besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass man dort Fußball spielen kann.

DI(FH) Pfaffinger erläutert Stadtrat Danner die geplante Zaunführung im Bereich des Trainingsplatzes.

7. Abfall-Wirtschaftskonzept-NEU

Obmann GV Ing. Eder berichtet, dass das Thema beim letzten Bauausschuss mit dem Obmann und dem Geschäftsführer des Regionalverbandes besprochen wurde. Da es einen zeitlichen Druck aufgrund von geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, wäre für heute das Ziel festzustellen, welche Sammlungen auf das Holsystem umgestellt und welche im Bringsystem verbleiben sollen, die Intervalle und dergleichen.

Umweltberater Timin: Es hat inzwischen Besprechungen gegeben, wie man bei der Altpapier- und Leichtverpackungssammlung Umstellungen vornehmen kann (Behältertypen, Altstoffsammelstandorte). Die ARA sieht eine Umstellung in Oberndorf positiv und diese erfolgt für den Bürger unentgeltlich. Bei haushaltsnaher Sammlung muss die Leichtverpackungssammlung und die Altpapiersammlung auf den Altstoffsammelinseln komplett aufgelöst werden. Es wurden bereits Überlegungen angestellt, wie die Behälterbemessung und die Zuteilung zu den Haushalten erfolgen könnte. Geplant sind 3 örtliche Sammeltouren im 14-tägigen Rhythmus, beim Sack ein 6-wöchentlicher, für Behälter ein 2-wöchentlicher und bei der Altpapiersammlung ein 4 – 6 wöchentlicher Abfuhrintervall. Liegenschaften ab 8 Personen sollen mit festen Behältern und Liegenschaften unter 8 Personen mit Säcken ausgestattet werden. Bei den Papierbehältern ist eine Einzel- oder Gemeinschaftsnutzung möglich. Die Verteilung der Säcke erfolgt durch den Sammelpartner, man kann sich aber auch beim Ge-

meindeamt Säcke kostenlos abholen. Das Standplatzentgelt für die Reinigung der Standplätze entfällt bei haushaltsnaher Sammlung. Besprechungen mit Hausverwaltungen über Standplatzadaptierungen und Informierung der Sammelinselbetreuer sind im Vorfeld notwendig. Umsetzungszeitraum wäre Oktober 2015.

Bei den Standorten für Glas- und Metallverpackungen kommt es zu Veränderungen. Kleingewerbebetriebe brauchen eine Aufstockung des Sammelvolumens für Leichtverpackungen, da die öffentlichen Sammelstellen wegfallen. Große Verpackungen (z.B. Styroporplatten, Kartonagen) können über das ASZ (= Altstoffsammelzentrum) entsorgt werden. Eine Anlieferung von vermischten Leichtverpackungen ist am ASZ nicht mehr möglich (ARA-Vorgabe). Die ARA empfiehlt, keine Einzelbehälter für Metallverpackungen stehen zu lassen. Ein komplettes Auflösen der Metallsammlung ist nicht sinnvoll (Restabfall).

Anhand Powerpoint-Präsentation wird erläutert, welche öffentlichen Behälter an welchen Standorten erhalten bleiben und welche aufgelöst werden sollen.

Nach eingehender Diskussion stellt der Obmann fest, dass die Leichtverpackungs- und Altpapiersammlung auf das Holsystem umgestellt werden soll, die Glas- und Metallsammlung soll belassen werden.

- **Offene Abstimmung (8 Ausschussmitglieder anwesend): Wird vom Bau-, Raumplanungs- und Umweltausschuss einstimmig empfohlen.**

Der Bürgermeister ersucht Herrn Timin, Kontakt mit Herrn Grasfurtner herzustellen, damit eine Informationsbroschüre für eine gezielte Informationskampagne ausgearbeitet wird. Zielsetzung für die Umsetzung wäre Oktober 2015. Der Bereich Restmülltonne und Biotonne sollte auch noch geregelt werden.

8. Allfälliges

a) **GV Wenzl – 30 km/h-Beschränkung bei der Baustelle „Oberndorf-Mitte“** – erfolgt diese bei Beginn der Baumaßnahmen wieder?

DI(FH) Pfaffinger: Die Arbeiten für die Zufahrtsstraße sind abgeschlossen, bei weiteren Bauarbeiten muss dann erneut angesucht werden.

b) **GV Wenzl – Kreisverkehr Nußdorfer Straße bzw. Brückenstraße (Vorrang)**, rechtliche Abklärung erfolgt?

DI(FH) Pfaffinger : Variante wurde ausgearbeitet und zur Begutachtung und Stellungnahme eingereicht. Es wird eine Verhandlung geben.

c) **GV Wenzl – moderne Fassaden** neigen zu **Schimmel- und Algenbefall** und werden deshalb intensiv mit Bioziden behandelt. Biozide waschen sich aus und stellen Probleme für das Grund- und Oberflächenwasser dar. Die Stadt Wien hat ökologische Kriterien für Fassadenfarben erstellt (alternative Möglichkeiten, den Algenbefall zu verhindern). GV Wenzl regt die Ausarbeitung von Richtlinien für ökologische Fassadengestaltung an.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Obmann die Sitzung um 21.45 Uhr.

Die Schriftführerin:

Der Obmann:

gez. Adelheid Haberl eh.

gez. GV Ing. Josef Eder eh.